

EUROPA BRAUCHT GRÜN



**Viele
Bäuerinnen und Bauern
braucht das Land,
viele Binnenmärkte die Regionen.**

Grün 042
-16

DIE GRÜNEN 

Grün 042-16
Archiv
Grünes Gedächtnis
- Bibliothek -

1997 / D27

IMPRESSUM

HerausgeberInnen: DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle,
Colmantstraße 36, 5300 Bonn 1
V.i.S.d.P.: Eberhard Walde

Redaktion: Ruth Kühn

Titel: Richard Herten

Lay-Out/Satz: kipp Satz

Druck: FARBO-Druck

Verlag: Selbstverlag

Auflage: 20 000 / März 1989

Bestellungen an: DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle,
Colmantstraße 36, 5300 Bonn 1.

WAS STEHT AUF DEM SPIEL?

WIR BRAUCHEN EIN NEUES SELBSTBEWUSSTSEIN DER REGIONEN

Wenn in Europa die bäuerliche Wirtschaftsweise verschwindet, wenn Wachstumsbetriebe und Agrarfabriken weiter gefördert und begünstigt werden, wenn dem Einfluß der Industri lobby auf die Gestaltung der EG-Agrarpolitik kein Riegel vorgeschoben wird, dann geht uns die solide Grundlage für einen wirksamen Umweltschutz, für eine gesunde Ernährung und die kulturelle Vielfalt des ländlichen Raums unwiederbringlich verloren.

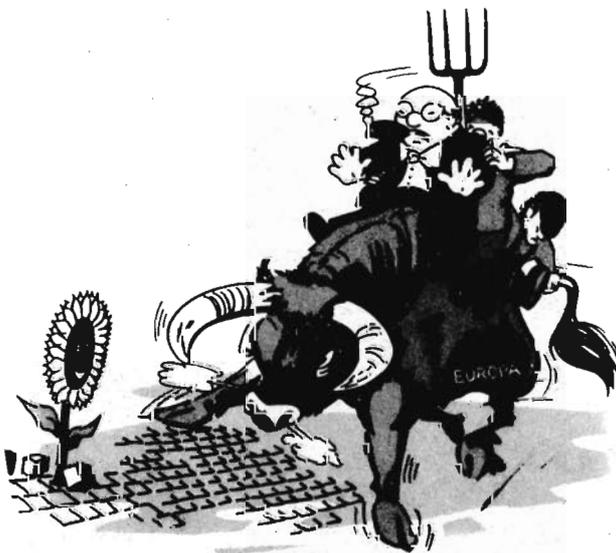
Wenn es uns aber gelingt, das Selbstbewußtsein von Bäuerinnen und Bauern gegen die scheinbar übermächtige europäische Bürokratie zu stärken, wenn wir die Verbraucherinnen und Verbraucher davon überzeugen können, daß gesunde Nahrungsmittel nur aus einem behutsamen Umgang mit der Natur und tiergerechten Haltungformen zu haben sind und die dafür geleistete Arbeit auch entlohnt werden muß; und wenn schließlich die Einsicht um sich greift, daß wir in ganz Europa und nicht nur in ausgewählten Landschaftsschutzgebieten eine Landbewirtschaftung brauchen, vor der die Natur nicht geschützt werden muß, dann ist ein Ende der zerstörerischen „gemeinsamen“ Agrarpolitik in Sicht.

BASISBEWEGUNGEN VON LAND UND STADT MÜSSEN ZUSAMMENRÜCKEN

Wir müssen die gemeinsamen Perspektiven in Europa neu bestimmen, den veränderten Beziehungen und Ansprüchen zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung gerecht werden. Wir müssen den gemeinsamen Ansätzen zwischen dem Überlebenswillen von LandarbeiterInnen, Bäuerinnen und Bau-

ern einerseits und dem steigenden Interesse von VerbraucherInnen und UmweltschützerInnen an gesunden Lebensmitteln und an der Erhaltung des natürlichen Gleichgewichts Geltung verschaffen. Denn wir haben dem immer noch ungebrochenen Wachstumswahn der Europa regierenden Industri lobby etwas entgegenzusetzen:

- eine bäuerliche Wirtschaftsweise, die den natürlichen Lebenskreisläufen nachgeahmt und den regionalen Unterschieden angepaßt ist;
- eine politische Analyse, die gesellschaftlichen Fortschritt gleichermaßen an sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Dauerhaftigkeit mißt,
- den Mut zur Utopie, daß sich in Europa ein neues Selbstbewußtsein der Regionen, eine neue kulturelle Vielfalt gegen ein zentralistisches Europa der Banken und Konzerne durchsetzen wird.



EG-AGRARPOLITIK: EINE GIGANTISCHE POLITISCHE FEHLEISTUNG

WER AN DER LANDWIRTSCHAFT SO GUT VERDIENT ...

Nichts hat die Europäische Gemeinschaft so in Verruf gebracht wie die kostspielige Überschußproduktion im Agrarsektor und die Vernichtung von Lebensmitteln. Die Ursachen für diese Politik, die in der europäischen Öffentlichkeit als „Fehlleistung“ ankommt, sind aber auch nirgends so erfolgreich vertuscht worden.

Bäuerinnen und Bauern gehören nicht zu den Gewinnern, sondern zu den Verlierern dieser Agrarpolitik. Hinter den immer wieder nach vorne geschobenen Butterbergen und Weinseen lassen sich die Wirtschaftsinteressen und positiven Bilanzen der Düngemittel-, Chemie- und Maschinenindustrie gut verstecken, läßt sich von den eigentlichen Zielen der EG-Agrarpolitik wirksam ablenken. Von den EG-Milliarden werden drei Viertel bei der Lagerung, Verwaltung, Erstattung und vielfachen Umwandlung der Überschüsse verpulvert, von den Verarbeitungsindustrien freundlich entgegengenommen und für aggressive Exportstrategien auf dem Weltmarkt verwendet.

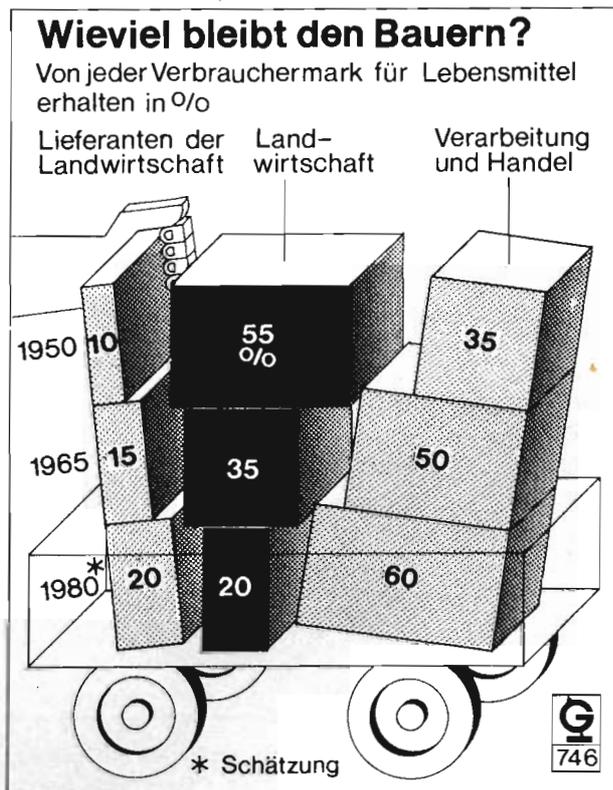
Daß dank der EG-Agrarpolitik nicht in, sondern an der Landwirtschaft verdient wird, wird zwar den Bäuerinnen und Bauern zunehmend zum Verhängnis, bleibt aber für die Öffentlichkeit weitgehend im Dunkeln. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sind nicht gestiegen, sondern real ständig gefallen. Damit wird der bäuerlichen Wirtschaftsweise systematisch die Grundlage entzogen.

Subventionen gab und gibt es nur für investierende Wachstumsbetriebe, die ständig neue Maschinen, Techniken und Chemieprodukte zur Rationalisierung anwenden und so immer größere Mengen in immer kürzerer Zeit herstellen können. Im Gegensatz zu bäuerlichen Betrieben, die kein ausreichendes Einkommen mehr erzielen können, von der Substanz leben und schließlich aufgeben müssen, fließt aus den Wachstumsbetrieben ständig Kapital in die Industrie. An der Zerstörung der historisch gewachsenen bäuerlichen Landwirtschaft Europas werden Milliarden verdient. Während die einen sich die Kassen füllen, wird gleichzeitig immer mehr bäuerliche Arbeit überflüssig gemacht. Jede Minute geht ein bäuerlicher Arbeitsplatz verloren, das sind eine halbe Mil-

lion im Jahr - und das bei bereits 18 Millionen Erwerbsarbeitslosen insgesamt in Europa.

„GESUNDSCHRUMPFEN“ MACHT KRANK

Was lange Zeit als „Gesundshrumpfen“ der europäischen Landwirtschaft propagiert wurde, hat Umwelt, Menschen und Tiere krank gemacht. Zusammengeschrunpft ist die Zahl der bäuerlichen Betriebe, die im Einklang mit der Natur gesunde Lebensmittel produzieren. Der Zwang zum Wachstum und zur Spezialisierung hat ein ökologisch sinnvolles Verhältnis zwischen Kapitaleinsatz und Arbeitsmenge, Tierzahl und Futterfläche, zwischen Dung und Getreidefläche und zwischen Energieaufwand und Energieerzeugung verschwinden lassen. Chemisch-intensiv betriebener Pflanzenbau in großflächigen Monokulturen hat unser Getreide unnötig mit Pestizidrückständen belastet. Wo ausgewogene Fruchtfolgen zugunsten von Ertragsmaximierung fallengelassen werden, machen Krankheiten und





Vorzeigeökologie mit teurer technischer Naturpflege!

Schädlingsbefall immer mehr Chemieanwendung notwendig.

Was der europäischen Chemieindustrie zum Aufschwung verhilft, läßt die Qualität der Nahrungsmittel stetig sinken. Was den VerbraucherInnen billig gemachte Lebensmittel im Supermarkt beschert, läßt die Kosten im Gesundheitswesen ständig steigen. Überall in Europa machen die Kosten zur Behandlung der sogenannten Zivilisationskrankheiten wie Allergien, Herz-Kreislaufbeschwerden oder Ernährungskrankheiten den immer größer werdenden Anteil aus.

Der Erholungswert der Landschaft ist durch sogenannte Flurbereinigungen erheblich zusammengeschrumpft. Der chemisch-rationalisierte Ackerbau hat Hecken, Bäume und Wasserflächen aus dem Weg geräumt, die heute mühsam als Biotope und Natur-Nischen wiederhergestellt werden müssen. Die Landwirtschaft in der EG wurde durch die gemeinsame Agrarpolitik nicht gesundgeschrumpft, sondern krank-rationalisiert.

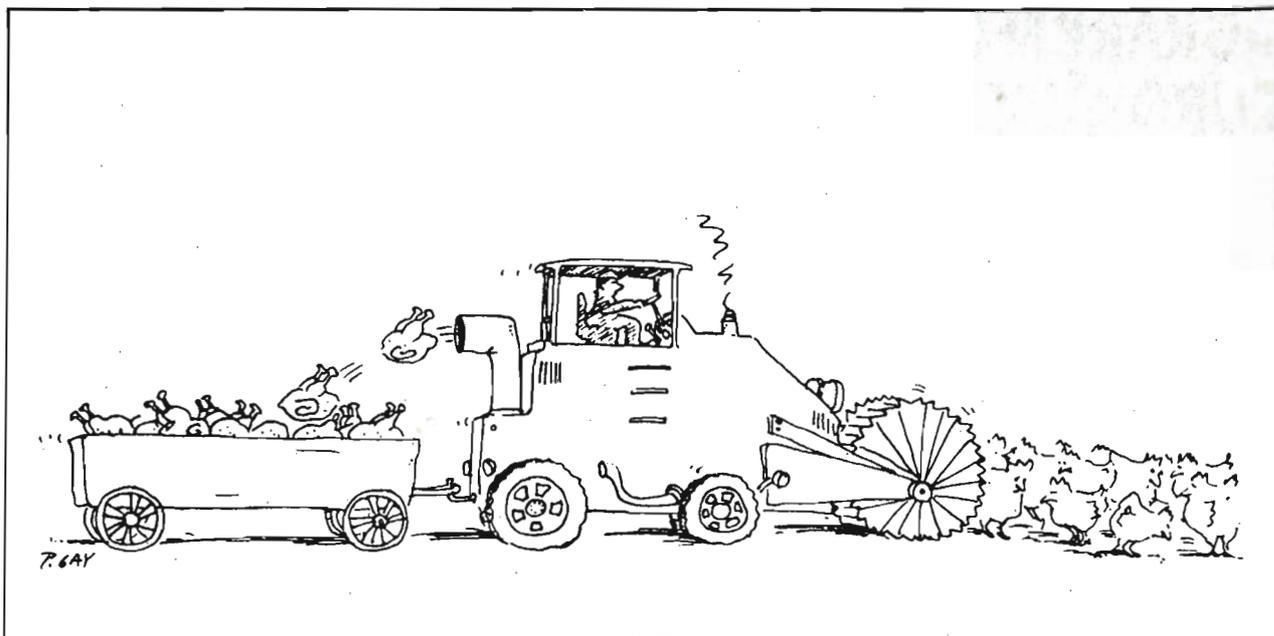
FLEISCH VOM FLIESSBAND

Ebenso überflüssig wie zerstörerisch ist die Förderung der industriellen Massentierhaltung. Was heute

den VerbraucherInnen als ihr Interesse untergeschoben wird, nämlich billiges, genormtes Fleisch, entspricht der Wahnvorstellung, auch die Landwirtschaft lasse sich ohne Schaden in einen durchrationalisierten Industriezweig verwandeln. Massentierhaltung macht Tierquälerei zur Regel, degradiert Tiere zu Maschinen. Die flächenunabhängige Konzentration der Tiere in Mastfabriken bringt darüber hinaus Gülle- und Dungmengen hervor, die nicht mehr als Wirtschaftsdünger eingesetzt werden, sondern als entsorgungsbedürftiger Abfall anfallen. Dieser Abfall kann vom umliegenden Land nicht mehr verkräftet werden und führt zur Zerstörung der Bodenfruchtbarkeit und Verseuchung des Grundwassers.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist Massentierhaltung überflüssig, weil sie unnötig Überflüsse schafft. Die europäischen Fleischberge sind nicht in bäuerlichen Betrieben entstanden, sondern stammen vom Fließband der Fleischfabriken mit Millionen von Hähnchen, zehntausenden von Schweinen und tausenden von Rindern, die das Licht der Sonne nie erblickt haben.

Zerstörend wirkt sich die Massentierhaltung auch in der „Dritten Welt“ aus, z.B. in Thailand, Indien und Brasilien, wo Futtermittel für den Export in Europas Schweinemägen statt Grundnahrungsmittel für die



einheimische Bevölkerung angebaut werden. In Europa könnten wir auf Futtermittelimporte völlig verzichten und unseren Fleischbedarf aus bäuerlicher Produktion decken.

HORMONE: „SCHWARZE SCHAFE“ UND WEICHE VERBOTE

Die europäische Hähnchen-, Eier-, Kälber- und Schweineproduktion ist schon fast vollständig unter Kontrolle einiger weniger agrarindustrieller Großproduzenten. Den hochgezüchteten Tieren wird in der Massentierhaltung durch künstliches Licht, Tageszeitverlängerung und ständige Fütterung das Äußerste abverlangt, sie werden dementsprechend krankheitsanfällig und müssen zwingend regelmäßig medikamentös behandelt werden.

Es steht nicht mehr im Belieben derjenigen, die so produzieren, ob sie chemische Hilfsstoffe einsetzen oder nicht. Sie müssen es tun (80% der erzeugten Antibiotika gehen ins Tierfutter). So beruht auch der Einsatz von Hormonen auf dem betriebswirtschaftlichen Kalkül, daß die tägliche Zunahme erhöht und der Umsatz von Tieren im Stall beschleunigt wird. Hormonskandale sind deshalb nicht das Werk einzelner „schwarzer Schafe“, sondern die logische Folge der Förderung der Massentierhaltung.

Welche Interessen ein wirksames Verbot des Hormoneinsatzes und der Massentierhaltung verhindern, macht die Geschichte des europäischen Hormonverbots deutlich. 1980 gab es den Östrogen-Skandal, der zu einem starken öffentlichen Druck für ein Verbot in der gesamten EG führte. Erst fünf Jahre

später beschloß das Europäische Parlament auf Initiative der Regenbogenfraktion, von Rat und Kommission der EG ein Verbot zu fordern. Von der Kommission in Auftrag gegebene Gutachten bestritten eine gesundheitsgefährdende Wirkung der Hormone beim Menschen. Dennoch sah sich der Rat angesichts anhaltender VerbraucherInnenproteste gezwungen, ein Hormonverbot zu beschließen, das 1988 (Großbritannien 1989) inkrafttreten sollte. Schon gegen Ende 1987 aber gab die Kommission bekannt, das Verbot könne zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht durchgesetzt werden, da die USA mit Handelskrieg drohten, wenn hormonbehandeltes Fleisch aus den USA in Europa keinen Absatz mehr finden könne. Darüber hinaus, so Kommissar Andriessen, lagere noch viel Hormonfleisch in den EG-Kühlhäusern, das noch verzehrt werden müsse. Ein Inkrafttreten des Verbots ist damit aufgeweicht.

Solche politischen Rahmenbedingungen sind für die industriellen Mastbetriebe in Europa geradezu eine Aufforderung, mit der Hormonbehandlung fortzufahren. Das Ergebnis ist der Kälberhormonskandal vom Sommer 1988. Für die Industrie bietet dieser Skandal die willkommene Gelegenheit, auf die neue Generation von gentechnisch hergestellten Hormonen hinzuweisen, mit denen die Tiere „auf ganz natürliche Weise“ zu neuen Höchstleistungen gezwungen werden sollen.

Knallharte Firmeninteressen haben das Hormonverbot aufgeweicht. Das Interesse der VerbraucherInnen an unbelastetem Fleisch hatte gegen das Interesse am Industrie-Export in die USA und an neuen Absatzmärkten in der EG keine Chance.

AGRARREFORM UND EUROPÄISCHER BINNENMARKT

BLINDE FLUCHT NACH VORN

Was die Öffentlichkeit gegen die Agrarpolitik aufbringt, ist weniger die schleichende Zerstörung der bäuerlichen Wirtschaftsweise in der Gemeinschaft, als die sichtbaren Ergebnisse ungehemmter Wachstumsförderung. Aufgetürmtes Milchpulver, von Bulldozern untergepflühtes Obst und Gemüse oder ranzig gelagerte Butter werden im allgemeinen den produktionswütigen Bauern angelastet, was den Brüsseler Agrarstrategen gar nicht so unangelegen ist. Eine Korrektur der Agrarpolitik ist allein aus haushalts- und finanzpolitischen Gründen unvermeidlich geworden, aber eine tiefgreifende Reform, ein auch nur gebremster Strukturwandel wäre Sand im Getriebe der frisch geschmierten europäischen Integration.

Wo, wenn nicht in modernen Milcherzeugungseinheiten, ließen sich vollautomatische Melkanlagen mit Computersteuerung absetzen? Wohin mit all den Medikamenten für die Massentierhaltung, den neuen „natürlichen“ Hormonen, mit denen die Tiere sich wohlfühlen? Wohin mit den Gülle-Umwandlern und gift-resistenten Getreidesorten? Die „Dritte Welt“ wurde verschuldet, die USA und Japan wollen das Zeug selbst loswerden. Nichts also wäre schlimmer, als vom gewohnten Weg der Wachstumsförderung abzuweichen und das Aufblühen des europäischen Binnenmarkts zu behindern.

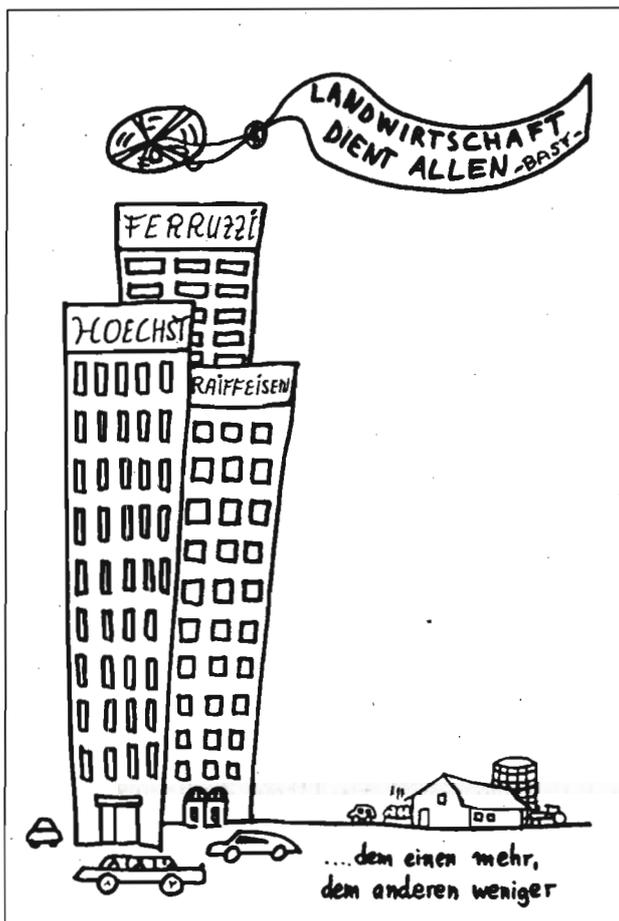
Mit dem im Grünbuch dargelegten Reformkonzept tritt die EG-Kommission die Flucht nach vorn an. Sie verschärft mit Preissenkungen den Strukturwandel zur Agro-Industrie und schafft damit Bedingungen für die Konzentration von Wirtschaftsmacht nach innen und eine Stärkung der Weltmarktposition nach außen. In einer bauernbereinigten Agrarstruktur wird es nicht weniger, sondern mehr Überschüsse geben, und zwar zu Preisen, die die Exportfähigkeit erhöhen.

Die Flucht nach vorn ist eine neue Flucht ins Wachstum, eine Flucht in die Eroberung neuer Binnen- und Exportmärkte. Auf der Strecke bleiben ökologisch angepaßte Wirtschaftsformen, dezentrale Versorgungssysteme und eine unabhängige Entwicklung der „Dritten Welt“. Diese Flucht ist ein Davonlaufen vor den unübersehbaren Grenzen des Wirtschaftswachstums mit seiner Zerstörung der Pro-

duktionsgrundlagen der Landwirtschaft und der Ernährungsgrundlagen der Menschen.

VON DER LANDWIRTSCHAFT ZUR BIO-INDUSTRIE

Mit dem Maßnahmenpaket zur „Agrarreform“, das Anfang 1988 verabschiedet wurde, soll die Landwirtschaft auf ihre neue Bestimmung als Bio-Industrie ausgerichtet werden. Die EG-Kommission nennt dies im Grünbuch „Stimulierung der agro-industriellen Entwicklung“ und hat dazu eigens ein sogenanntes ECLAIR-Programm entwickelt. „Eclair“ heißt auf französisch nicht nur „Blitz“, sondern ist auch der Name eines mit Vanillepudding gefüllten Zuckergebäcks. „ECLAIR“ steht für „European Cooperative Linkage of Agriculture and Industry through Research“.



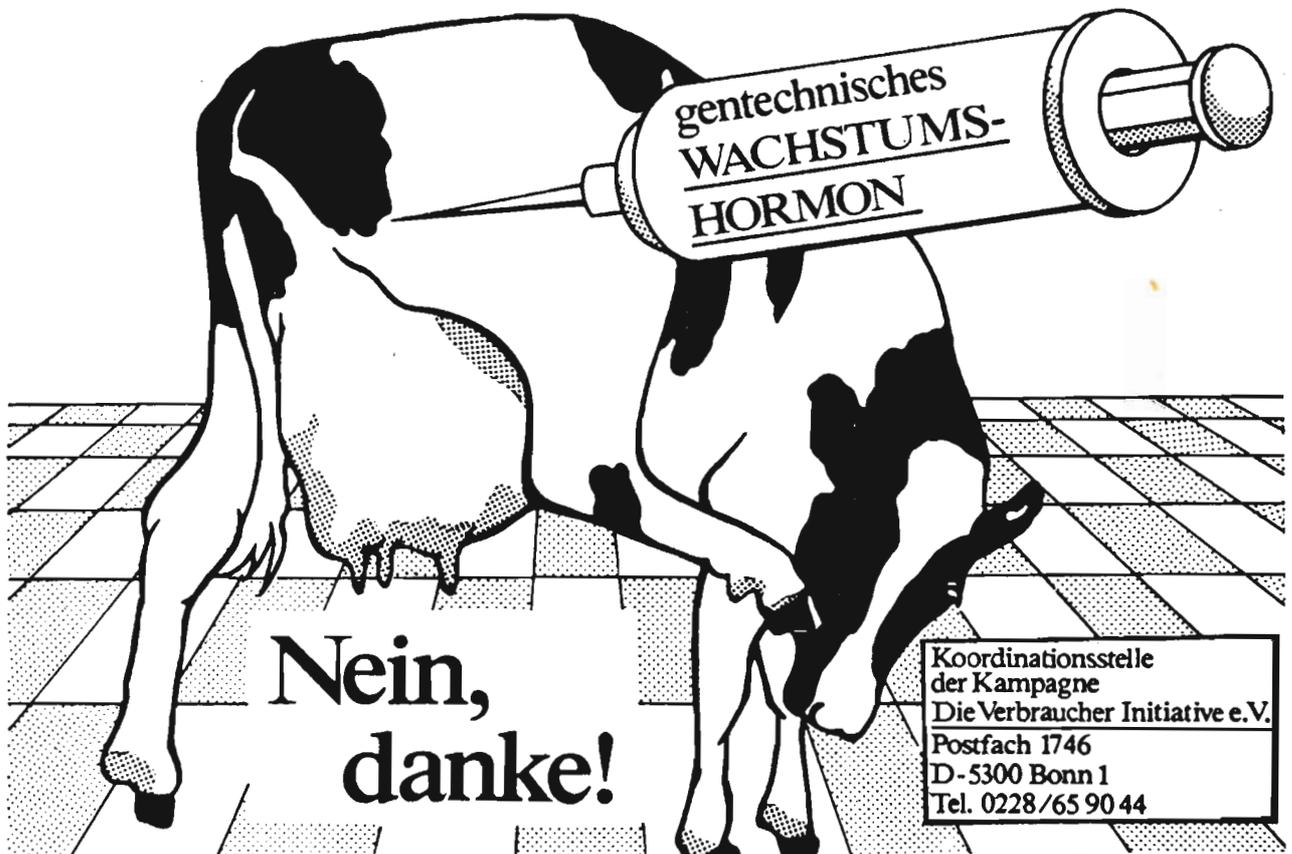
Für wen diese Zusammenarbeit auf dem Gebiet der angewandten Biotechnologie im Agrarsektor ein Leckerbissen wird, und wer von diesem Blitz getroffen endgültig ausscheidet, ergibt sich aus der Zielsetzung. Durchgesetzt werden soll ein noch genauerer Zuschnitt landwirtschaftlicher Rohstoffe auf die technischen Anforderungen der Verarbeitungsindustrie. Nicht mehr schmackhafte Kartoffeln oder vitaminreiches Getreide sind gefragt, sondern stärke- und proteinreiche Materialien zur rationellen Umwandlung in wahlweise Kartoffelchips, Kosmetika oder Klebstoffe.

Moderne Biotechnologie, die durchaus auch ökologisch angepaßt entwickelt werden könnte, wird in großtechnischen Anlagen zum neuen Rationalisierungsmittel und zum unkalkulierbaren Umweltrisiko. Kein Forschungsprogramm der EG im Bereich von Bio- und Gentechniken berücksichtigt ernsthaft mögliche Umweltgefahren oder Struktureffekte für die Landwirtschaft. Die Bio-Industrie hat mit immensen Investitionen Fakten geschaffen, die wie zu Zeiten der Mechanisierung und chemischen Rationalisierung die Rahmenbedingungen für europäische Agrar- und Industriepolitik setzt.

Der „Bio-Blitz“ kommt deshalb nicht aus heiterem Himmel. Mit Unterstützung fast aller europäischen Regierungen und fast aller im Europaparlament vertretenen Parteien wird die bio- und gentechnische Revolution vorangetrieben, werden Risiken heruntergespielt und große Hoffnungen geweckt auf Wachstum, Arbeitsplätze und eine „schöne neue Welt“. Forschungsgelder werden nicht einmal zu ernsthafter Risikoabschätzung eingesetzt, sondern aus den traditionellen Bereichen der Agrarforschung abgezogen und der agro-industriellen biotechnischen Forschung zugeschlagen. 80% der für die Landwirtschaft relevanten Forschung sind damit im industriekontrollierten Biotechnologie-Bereich festgelegt.

GRENZENLOSE GESCHMACKLOSIGKEIT

Mit dem Forschungsprogramm FLAIR (Food-linked Agro-industrial Research) will die EG-Kommission einheitliche Maßstäbe zur Bewertung von Lebensmittelqualität und sonstigen Rohstoffen für den menschlichen Verzehr schaffen, die ab 1992 europaweit wirksam werden sollen. Da sich über Geschmack bekanntlich grenzenlos streiten läßt, bemüht sich die



Unterstützen Sie die Kampagne gegen Rinderwachstumshormone

NACHWACHSENDE ROHSTOFFE ALS AUSGANGSPRODUKTE ZUR INDUSTRIELLEN, CHEMISCHEN VERARBEITUNG SIND WEDER ZIEL NOCH RETTUNG QUALITATIVER BÄUERLICHER ARBEIT.

Das wichtigste Ziel bäuerlicher Arbeit ist die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen, gesunden Lebensmitteln. Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen verschärft die Umweltprobleme durch die massive Steigerung der Intensität und durch die zentralisierte, großtechnische Verarbeitung. Nachwachsende Rohstoffe sind kein Beitrag zur Überschußbeseitigung, sondern sie degradieren die Landwirtschaft zum billigen Rohstofflieferanten für die Großindustrie und begünstigen die Ausbreitung einer nicht bäuerlichen Vertragslandwirtschaft in Abhängigkeit von Großkonzernen. Eine solche Ausrichtung der Landbewirtschaftung liegt nicht im Interesse von Bäuerinnen, Bauern und VerbraucherInnen, sie schädigt Boden, Landschaft und Naturhaushalt. Hauptziel in allen Lebensbereichen muß der sparsame Umgang mit Ressourcen sein. Allerdings unterstützen wir den Anbau nachwachsender Rohstoffe, soweit dies nicht an eine weitere Industrialisierung und Chemisierung der Landwirtschaft gekoppelt ist.

Wir unterstützen die sinnvolle Nutzung von Biomasse für den Ersatz von schädlichen Stoffen, die in ihrer Funktion notwendig sind, wie z.B.: den Einsatz von Faserpflanzen als Asbestersatz.

Die Nutzung pflanzlicher Rohstoffe für andere als Ernährungszwecke, hat lange Tradition, die lediglich durch den an das Billigöl gekoppelten Boom synthetischer Chemikalien unterbrochen wurde. In der Wiederbelebung und Aktualisierung alter Verarbeitungsverfahren von Nesseln und Flachs z.B., in der kleinräumigen und ökologisch verträglichen Erweiterung der Fruchtfolge, der Mehrfachnutzung von Pflanzen und dem selbstbestimmten Aufbau von ErzeugerInnen/VerbraucherInnenkooperativen z. B. mit Naturfarbenherstellern sehen wir auch eine Chance für die bäuerliche Wirtschaftsweise.

Die Verwendung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien kann sinnvoll sein, wenn sie in eine bäuerlich-ökologische Wirtschaft eingebettet sind.

europäische Administration um objektive, wissenschaftlich nachprüfbare Kriterien, die es der Nahrungsmittelindustrie und den EndverbraucherInnen erleichtert, die vergleichsweise beste Ware auszuwählen. Biotechnologie soll auch hier für schnelle Hilfe sorgen. Enzyme und sogenannte Biosensoren können Lebensmittel bis in kleinste Bestandteile abtasten und in Verbindung mit Datenverarbeitung Konsistenz und Geschmack beurteilen. Was die bisherige Handelsklassenverordnung nach Größe, Aussehen und Gewicht klassifizierte, wird vielleicht im entgrenzten Binnenmarkt durch Gütezeichen wie „geschmacksneutral“, „verarbeitungsfreundlich“ oder „schnellverdaulich“ ergänzt.

Diese Forschungsprogramme, die angeblich im Interesse der VerbraucherInnen aufgelegt werden, bilden die Grundlage für die sprunghafte Entwicklung einer der größten europäischen Wachstumsbranchen: dem Ernährungsdesign. Aus den Rohstoffen der künftigen Bio-Industrien läßt sich alles herstellen: Funktionskost für Piloten, Schlankheitskost für Yuppies, Aufbaukost für SpitzensportlerInnen und „Normal“-Kost für NormalverbraucherInnen. Auch so werden Bäuerinnen, Bauern und VerbraucherInnen entmündigt, und die Abhängigkeit von künstlichen Sinnen nimmt zu.

VON DER SUPERKUH ZUR MUTTERMASCHINE

Was die Pharmaindustrie mit Tierversuchen nachzuweisen versucht, ist die Wirksamkeit und Unschädlichkeit ihrer Produkte für den menschlichen Gebrauch. Bei aller Nützlichkeit vieler pharmazeutischer Produkte hat sich aber auch gezeigt, daß die moderne Medizin mit ihrem Anspruch auf Naturbeherrschung an ihre Grenzen gekommen ist.

Biotechnologie verspricht nun tiefere Einblicke und Eingriffe in die Prozesse des Lebens. Und wiederum sind es Tiere, an denen die neuen Möglichkeiten der Lebenssteuerung ausprobiert werden. Die Übergänge zur biologischen Steuerung des Menschen sind fließend. Die künstliche Befruchtung von Nutztieren erschreckt heute niemanden mehr. Ethisch-moralische Bedenken gegenüber der künstlichen Besamung von Frauen sind überwunden. Inzwischen setzt sich in Holland der „Transfer“ ganzer Embryonen bei Kälbern durch, wobei nur genetisch optimale Exemplare ausgewählt und zur Austragung einwandfreien Mutterkühen eingepflanzt werden.

Zeugung im Reagenzglas und Embryotransfer bei Frauen löst heute noch engagierte Diskussionen aus. Dabei wird aber oft vergessen, daß viele ethische und moralische Bedenken, die für Menschen erho-

ben werden, bereits für Tiere übersprungen wurden und nicht mehr gelten. Wenn es möglich ist, daß auf EG-Ebene Forschungsprogramme zur Nutzung von Kühen als Bioreaktoren für gentechnisch hergestellte Pharmaprodukte verabschiedet werden, ist schon wieder ein Schritt der Unterordnung von Leben unter rein ökonomische Interessen vollzogen worden. Biotechnologie, wie sie im Hinblick auf den Binnen-Wachstums-Markt vorangetrieben wird, ist Naturbeherrschungstechnologie. Es besteht die große Gefahr, daß die Landwirtschaft zum Testfeld für zukünftiges Menschendesign wird.

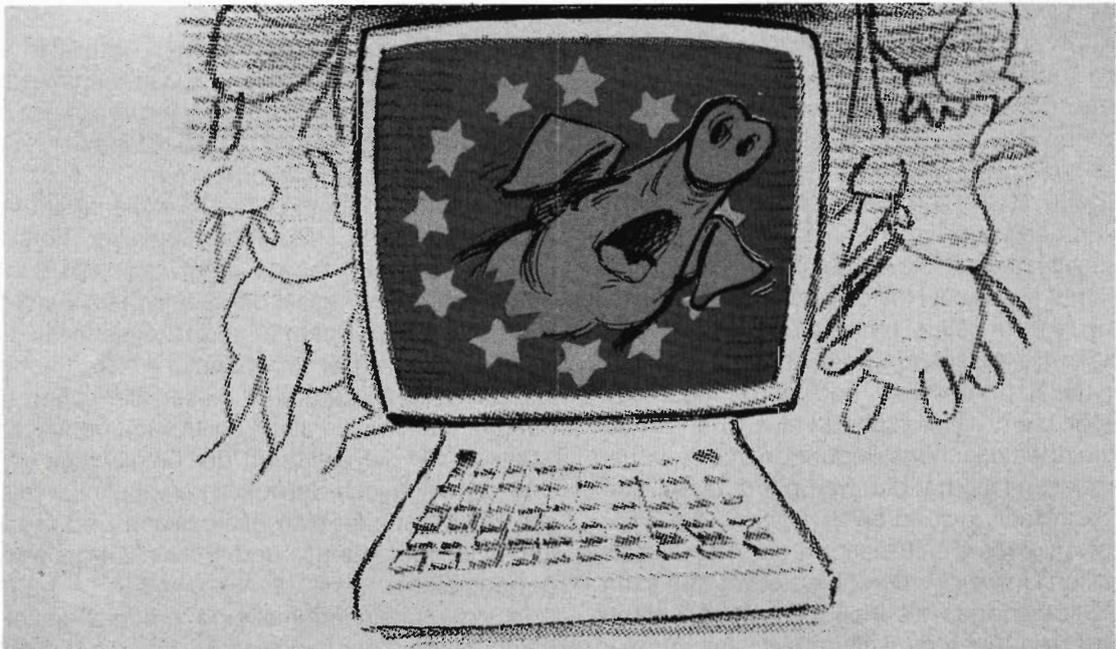
GENTECHNIK – INDUSTRIALISIERUNG DER NATUR

Aggressiver als jeder einzelne Staat vertritt die Europäische Gemeinschaft die Interessen einer neuen Wachstumsbranche, die sich aus dem Kreis der Chemie-, Pharma-, Rohstoff- und Agrarmultis herausbildet. Durch die Entwicklung gentechnischer Manipulationsmethoden scheint sich ihnen eine beliebige Verfügung, Kontrolle und Gestaltbarkeit der Natur zu eröffnen: Mikroorganismen, Pflanzen, Tiere und selbst der Mensch sollen mittels der Gentechnik unmittelbar den überkommenen und zerstörerischen Wachstums-, Maximierungs- und Konkurrenzprinzipien des industriellen Zeitalters unterworfen werden. Ohne Rücksicht auf die nicht abschätzbaren ökologischen Risiken und trotz der absehbar unerwünschten sozialen und ökologischen Folgen soll auf dem

Weg von Verordnungen und Richtlinien der Gentechnik Tür und Tor geöffnet werden.

Noch bevor etwa in der Bundesrepublik oder anderen Mitgliedsstaaten die Frage überhaupt entschieden wurde, ob es vertretbar ist, gentechnisch manipulierte Organismen in die Umwelt freizusetzen, legt die EG-Kommission bereits eine verbindliche Richtlinie vor, nach der solche Experimente nicht nur zugelassen werden müssen, sondern auch die bisher mögliche Sicherheitsüberprüfung auf ein absolutes Minimum reduziert werden soll. Ähnliche Richtlinien liegen im Bereich der Verwendung von gentechnischen Methoden bei der Produktion, in der Forschung und zum Schutz von ArbeitnehmerInnen vor biologischen Gefahren vor. Darüber hinaus drängt die EG auf eine zügige Veränderung des europäischen Patentrechts, um künftig auch eine Patentierung von Pflanzen und Tieren zu ermöglichen. Patentierung bedeutet, Eigentumsrechte an Lebewesen anzuerkennen und zu schützen.

In ihren Forschungsprogrammen verfolgt die EG ebenfalls eine rücksichtslose Risiko-Politik, die sich ausschließlich daran orientiert, im internationalen High-Tech-Konkurrenzkampf bestehen und sich durchsetzen zu können. „Egal wohin die Reise geht – Europa muß vorne liegen“ lautet die Devise. So wird den neuen Lebenstechnikern das europäische Gelände geebnet mit Forschungsförderung und rechtlicher Unterstützung. Den betroffenen Bäuerinnen und Bauern, VerbraucherInnen, Gewerkschaften, Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen wird dagegen systematisch eine Beurteilungs- und Entscheidungsbeteiligung verwehrt.



POLITISCHER WIDERSTAND UND SELBSTHILFE



Konferenz „Landwirtschaft, Ernährungsqualität, Naturschutz im Binnenmarkt 1992, v.l.n.r.: Sr. Caballero (Kommission EG), Laurent Cartier (Coordination Paysanne), Hannes Lorenzen (GRAEL), Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (GRAEL)

FÜR EINE BÄUERLICHE WIRTSCHAFTSWEISE – GEGEN DIE INDUSTRIALISIERUNG VON LANDWIRTSCHAFT UND NATUR

Unser politisches Programm ist klar: Wir wollen eine Agrarpolitik in Europa, die die bäuerliche Wirtschaftsweise erhält und wiederbelebt und eine Industrialisierung landwirtschaftlicher Produktion verhindert. Ökologisch angepaßter Landbau ist keine Erfindung der Neuzeit, sondern praktisches Wissen von Bäuerinnen und Bauern, das durch den Zwang zum Wachstum zunehmend verlorengeht.

Widerstand gegen die Zerstörung bäuerlicher Strukturen hat nichts mit Nostalgie zu tun, sondern ist Voraussetzung für eine umfassende ökologische Politik. Wenn die Aufspaltung der Landschaften und Regionen in Naturreservate und Agro-Industriegebiete gelingt, hat der Naturschutz keine Chance. Wer sich mit Biotopen, Flächenstillegungen und Nationalparks abspesen läßt, hat den Kampf um eine ökologische Zukunft schon verloren.

Ebensowenig wie die „Erhaltung der Artenvielfalt“ von bezahlten Umwelt-Firmen geleistet werden kann, läßt sich Öko-Landbau als bloß technische Alternative durchsetzen. Auch die kulturelle Vielfalt europäi-

scher Regionen wird sicher nicht durch aufgestockte Regionalfonds der EG zur Förderung des Massentourismus gerettet werden können. Der ländliche Raum darf kein spaltbares Material sein für die diversen Interessen der Wachstumsindustrien und Ballungsräume.

Wir brauchen ein neues Selbstbewußtsein in den Regionen, den politischen Zusammenschluß von Bäuerinnen und Bauern in der Agraropposition mit VerbraucherInnen- und Dritte-Welt-Initiativen, mit Umwelt- und Tierschutzverbänden.

Angesichts der EG-Politik zur Industrialisierung der Natur lehnen DIE GRÜNEN als einzige Fraktion im Europaparlament den unverantwortlichen und nicht beherrschbaren Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft, in der Pharma- und Chemieproduktion, in der Medizin und der sogenannten Umwelttechnik ab. DIE GRÜNEN haben in all diesen Bereichen sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch Bewußtsein für die Gefahren der Gentechnik geweckt und der High-Tech-Seeligkeit sowohl linker wie konservativer Parteien eine ökologische und sozial verträgliche Forschungs- und Entwicklungspolitik entgegengesetzt.

In der Auseinandersetzung um die anstehende Patentierung von Lebewesen, um die Freisetzung

genetisch manipulierter Organismen, um die Anwendung gentechnischer Methoden auch am Menschen haben DIE GRÜNEN viele Verbündete gefunden. Der Respekt vor der natürlichen Identität von Lebewesen und der Schutz vor genetischer Manipulation der Menschen muß allen wirtschaftlichen Überlegungen voranstellen. Wir müssen jetzt ein gentechnisches Tschernobyl verhindern.

ZIELE GRÜNER AGRARPOLITIK

1. Sicherung der Arbeitsplätze in der bäuerlichen Landwirtschaft sowie die Förderung von Arbeitsplät-

zen in selbstverwalteten bäuerlichen Gemeinschaften.

2. Die Erhaltung und Förderung einer kleinstrukturierten, bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft sowie als besondere Form die Förderung des biologischen Land-, Wein- und Gartenbaus, als Voraussetzung für:

- artgerechte Tierhaltung,
- eine ökologisch intakte Landschaft,
- einen funktionsfähigen ländlichen Raum,
- die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel,
- eine Begrenzung auf natürliche Kreisläufe und Ressourcen,

ÖKOLOGISCHER LANDBAU: GESUNDE ERNÄHRUNG – INTAKTE UMWELT – SOZIALE ZUKUNFTSLANDWIRTSCHAFT

Der ökologische Landbau ist die radikalste Form bäuerlicher Landwirtschaft. Ökologisch angepaßter Landbau ist keine Erfindung der Neuzeit, sondern praktisches Wissen von Bäuerinnen und Bauern. Über Jahrtausende hinweg hat eine bäuerliche Landwirtschaft in gelungener ökologischer Praxis die Artenvielfalt und die ökologischen Strukturen unserer heutigen Kulturlandschaft geschaffen. Doch unter dem Wachstumszwang der herrschenden Agrarpolitik geht dieses Wissen um die ökologische Praxis zunehmend verloren; die bäuerliche Landwirtschaft und damit die historisch gewachsene Kulturlandschaft werden einem fortgesetzten Zerstörungsprozess ausgesetzt.

Die Zukunft der Landwirtschaft wird daher zu einer Überlebensfrage für uns alle! Es gilt, die Zielsetzung und Praxis einer bäuerlich-ökologischen Wirtschaftsweise wiederaufzunehmen und weiterzuentwickeln. Der ökologische Landbau ist die Weiterentwicklung einer bäuerlichen Wirtschaftsweise, deren Ziel die Erzeugung gesunder Lebensmittel ist, die im Einklang steht mit den ökologischen Anforderungen einer intakten Umwelt.

Zur Förderung des ökologischen Landbaus sind vorrangig folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Unterstützung der Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe auf den ökologischen Land-, Garten- und Weinbau (gem. Richtlinien der IFOAM) durch Beihilfezahlungen zur Bewältigung des erhöhten Arbeitsaufwandes in der Umstellungsphase;
- Parallel zu der geförderten Ausweitung des ökologischen Anbaus muß eine Erweiterung des Absatzmarktes durch Einarbeiten der biologischen Erzeugnisse in den VerbraucherInnenmarkt betrieben werden. Dabei ist dem sich anbahnenden

Wachstums- und Konzentrationsprozess der Betriebs- und Vermarktungseinheiten im ökologischen Landbau entgegenzuwirken. Es sind ökologische Betriebs- und dezentrale Vermarktungsstrukturen gezielt zu fördern, um bäuerlichen Betrieben eine Zukunft im ökologischen Landbau zu erhalten.

Dies kann geschehen beispielsweise durch die Förderung der Direktvermarktung über ErzeugerrInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften oder durch Umstellung der Beköstigung in Einrichtungen der öffentlichen Hand (Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen, Mensen, Altentagesstätten etc.) auf biologische Produkte durch die Kommunen;

- Vorrangige finanzielle Förderung der Beratungstätigkeit in den Anbauverbänden des ökologischen Landbaus und gleichzeitige Ausweitung der Officialberatung (Landwirtschaftskammern und -ämter) auf die Zielsetzung und Praxis der bäuerlichen und ökologischen Wirtschaftsweise,

- Förderung der Ausbildung im ökologischen Landbau an Landwirtschaftsschulen, Fach- und Hochschulen mit dem Schwerpunkt auf der Zielsetzung und Praxis des ökologischen Landbaus als bäuerlicher Zukunftslandwirtschaft und nicht als eine rein technische Alternative;

- Sicherung der landwirtschaftlichen Betriebe, die heute noch eine weitgehend bäuerliche Wirtschaftsweise praktizieren bzw. mit ihrer Wirtschaftsweise und Betriebsstruktur noch am ehesten in der ökologischen Praxis stehen und daher die Grundlage für eine Fortentwicklung des ökologischen Landbaus darstellen (z.B. Bergbauernlandwirtschaft, landwirtschaftliche Gemischtbetriebe).



Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf

- den Erhalt und die Erneuerung dörflicher Strukturen in Handwerk, Handel und Verarbeitung,
- die Erhaltung eines vielfältigen Erzeugungs- und Vermarktungsangebots (Direktvermarktung, Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften und lokale Märkte) in allen Regionen.

3. Die ausreichende Entlohnung und Anerkennung aller bäuerlichen Arbeit muß Grundlage der gemeinsamen Agrarpolitik sein, das heißt:

- Staffelung landwirtschaftlicher Erzeugerpreise gemäß des Anteils der eingeflossenen Arbeit. Die technische Durchsetzung der gesellschaftspolitischen Forderung nach gestaffelten Preisen ist unkompliziert und in unterschiedlicher Weise möglich, z.B. höhere Bezahlung einer Grundmenge je Betrieb; Stickstoffabgabe mit gestaffelter Rückvergütung; Direktvermarktung, Bestandsobergrenzen mit gestaffelter Flächenanbindung;
- eine gerechte Staffelung der Soziallasten nach dem erwirtschafteten Einkommen.

4. Agrarpolitik muß den regionalen Besonderheiten landwirtschaftlicher Arbeit und Produktion gerecht werden. Wir wollen eine selbständige Festsetzung der agrarpolitischen Maßnahmen durch die Regionen.

5. Eine Regionalisierung der Agrarpolitik widerspricht nicht dem Gedanken der politischen Verständigung in Europa. Die bisherige Agrarpolitik fördert nur die Konzentration der Produktion und die sogenannte „rationelle Spezialisierung“ der Regionen. Wir wollen die Beachtung der regionalen, natürlichen und kulturellen Besonderheiten, um die Zusammenarbeit der europäischen Regionen zu fördern.

6. Der Handel mit anderen Staaten und besonders mit Ländern der „Dritten Welt“ muß gleichberechtigt erfolgen; dies nicht auf der Grundlage gleicher Preise, sondern fairer Preise, die nicht den Produktionsfortschritt der industrialisierten Länder begünstigen. Wir wollen keine Futtermittelimporte aus der „Dritten Welt“, die dort zu Hunger und Abhängigkeit führen und bei uns nur der übermäßigen Fleischproduktion dienen.

**VIELE BÄUERINNEN UND BAUERN
BRAUCHT DAS LAND.
VIELE BINNENMÄRKTE DIE REGIONEN.
VIELE GRÜNE DAS EUROPAPARLAMENT.**

Die Europäische Agrarlobby ist nicht mehr unter sich. Mit dem Einzug des Grün-alternativen Bündnis-

ses ins Europaparlament ist es für Abgeordnete der etablierten Parteien schwieriger geworden, sich in Brüssel mit interessierten Industrievertretern einig zu werden und zu Hause von europäischen Kompromissen zu erzählen. Es ist unangenehm, in der Öffentlichkeit für die Erhaltung bäuerlicher Familienbetriebe einzutreten, wenn hinterher bekannt wird, daß man im Parlament weiterhin für „Wachsen und Weichen“ stimmt (z. B. für Stabilisatoren und die Zulassung des gentechnisch hergestellten BST-Hormons).

Es ist nicht mehr so einfach, überall die Fahne für den Umweltschutz hochzuziehen, gleichzeitig aber mit ungebrochenem Fortschrittsglauben ins gentechnische Zeitalter zu stolpern. Es ist widersprüchlich, die Schönheit europäischer Regionen zu loben und über den Regionalfonds Gelder zur Strukturzerstörung zu bewilligen.

Wir haben uns auf die Bühne des Europaparlaments begeben, um hinter die Brüsseler Kulissen zu gucken und unsere Vorstellungen grüner Politik darzustellen. Unsere Anträge und Berichte sind politisch fundiert, haben in diesem Parlament aber nur Beispielcharakter; dazu gehören Vorschläge

- zur flächendeckenden Rückführung der chemisch-rationalisierten Agrarproduktion auf ökologisch-intensive Erzeugung (Einführung einer Stickstoffabgabe);
- zum Verbot tierquälerischer, industrialisierter Massentierhaltung, für eine artgerechte flächenbezogene Tierhaltung in Bestandsobergrenzen;
- zur Eindämmung ökologischer und sozialer Erosion in den benachteiligten Gebieten der EG, für die Erhaltung gewerblicher und bäuerlicher Arbeitsplätze in einer ökologisch angepaßten Infrastruktur;
- gegen eine zentralistische Qualitätsbestimmung durch die Agroindustrie, für den Ausbau der regionalen Direktvermarktung in der Verantwortung von ErzeugerInnen und VerbraucherInnen;
- gegen Produktion und Anwendung von Wachstumsbeschleunigern einschließlich genetisch hergestellter Hormone, für die Erzeugung naturbelassener, gesunder Lebensmittel, u. a.

Kraft erhält unsere Arbeit im Parlament nur, soweit sie Beispiel ist von und für politische Aktivitäten der Basisbewegungen. Aus der politischen Arbeit dieser verschiedenen regionalen Oppositionsgruppen und ihrer Vernetzung erwächst der eigentliche politische Widerstand und die Selbsthilfe für eine ökologisch gelungene Praxis.

Es ist nicht zu übersehen, daß sich die Situation im Agrar- und Umweltbereich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert hat - es ist aber auch nicht zu übersehen, daß die Stärke der Widerstandsbewegungen zunimmt.

Die folgenden Thesen

LANDWIRTSCHAFT, NATURSCHUTZ, ERNÄHRUNGSQUALITÄT IM BINNENMARKT DER EG

wurden auf einem Kongreß der
**REGENBOGEN-FRAKTION IM
EUROPÄISCHEN PARLAMENT,**
der vom 9.-11. November 1988
im Europaparlament in Brüssel stattfand,
verabschiedet.

1. Die politischen Bemühungen der nationalen Regierungen der Europäischen Gemeinschaft und der EG-Institutionen sind seit dem Beschluß über die Einheitliche Akte intensiv auf die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes gerichtet, der 1992 Wirklichkeit werden soll. Durch den Abbau von Handelshemmnissen, die Angleichung von Gesetzgebung, Steuern und Industrienormen und die Eröffnung eines freien Verkehrs von Kapital, Waren und Dienstleistungen soll vor allem Raum geschaffen werden für neues Wirtschaftswachstum, für ein Mehr an Produktion und Verbrauch im Innern der EG und bessere Exportchancen nach außen.
2. In der Einheitlichen Akte wird Wirtschaftswachstum als Motor der europäischen Integration dargestellt, der einen Abbau der Arbeitslosigkeit und eine Verbesserung der Lebensbedingungen in der Gemeinschaft automatisch nach sich zieht. Gegenüber den Entscheidungen und Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums treten daher Bemühungen um die Angleichung der sozialen Sicherheitssysteme, den Ausgleich von wirtschaftlichem und sozialem Wohlstand zwischen den begünstigten und benachteiligten Ländern und Regionen und eine Anpassung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion an ökologische Erfordernisse in den Hintergrund.
3. Mit der Liberalisierung der Märkte der EG und der Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaftspolitik verringert sich der Spielraum von nationalen und regionalen Regierungen und Interessensvertretungen, autonome, regionalbezogene Politik zu betreiben. Freie Märkte bedeuten auch verschärfte Verdrängungswettbewerb unter ungleichen Voraussetzungen, die ungeschützte Konkurrenz zwischen hochrationalisierten landwirtschaftlichen Großbetrieben und kleinbäuerlichen Erzeugern, zwischen europäischen und internationalen Konsortien und lokalen und regionalen Versorgungsbetrieben.
4. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EG gilt als Wegbereiter der europäischen Integration. Sie war ursprünglich auf eine Ernährungssicherung in der Gemeinschaft, auf angemessene Einkommen für die bäuerlichen Erzeuger und angemessene Preise für die VerbraucherInnen ausgerichtet. Seit der Mans-

holdt-Doktrin ist die Gemeinsame Agrarpolitik zum Hauptinstrument für ländlichen Strukturwandel, zum Motor fortwährender Rationalisierung nach dem Prinzip „Wachsen oder Weichen“ geworden. Für die Überschußprobleme der EG sind nicht hohe Garantiepreise verantwortlich, sondern die ausschließliche Förderung von Wachstumsbetrieben, Verarbeitungsindustrien und Exporteuren. Die Erzeugerpreise sind stetig gefallen, was die Wachstumsbetriebe zu weiterer Rationalisierung und Mehrproduktion veranlaßt, während bäuerliche Betriebe zunehmend aus der Produktion ausscheiden.

5. Mit den Beschlüssen zur Reform der EG-Agrarpolitik wird die Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion auf den gemeinsamen Binnenmarkt vollzogen. Die beschlossene restriktive Preispolitik verschärft den Druck zur Rationalisierung. Flächenstilllegungs- und Extensivierungsprogramme können zwar in bestimmten Gebieten die Produktion drosseln, verhindern aber nicht eine weitere Intensivierung in begünstigten Standorten. Damit sind weitere Überschußprobleme vorprogrammiert. Diese Entwicklung wird noch verstärkt durch Programme zur Integration von Industrie und Landwirtschaft zu Agroindustrien mit Hilfe von Bio- und Gentechnologie. Ausstiegsangebote wie die vorgezogene Altersrente für Bäuerinnen und Bauern werden durch Starthilfen für Junglandwirte nicht ausgeglichen, was auf eine erhebliche Reduzierung bäuerlicher Betriebe in der Gemeinschaft hinausläuft.

6. Der Verlust von rund 300 000 bäuerlichen Betrieben und mehr als 500 000 landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen im Jahr in der EG durch eine auf Wachstum ausgerichtete Agrarpolitik wirkt sich auch negativ auf die Belange des Natur- und Tierschutzes aus. Die Aufteilung der Landschaften Europas in Gebiete für Agrarproduktion auf der einen und Naturprodukten auf der anderen Seite, d.h. die Fortsetzung intensiver agroindustrieller Produktionsmethoden in begünstigten Lagen und die Schaffung von Naturschutzgebieten in benachteiligten Gebieten, kann den Anforderungen des Artenschutzes und des ökologischen Gleichgewichts langfristig nicht gerecht werden. Weder Monokulturen im Ackerbau noch Monokulturen in der Aufforstung sind mit den Zielen der Erhaltung der Fruchtbarkeit der

Böden und dem Erosionsschutz vereinbar. Auch tierquälerische Massentierhaltung wird auf diese Weise nicht verhindert. Mit der bäuerlichen Produktionsweise verschwindet die wesentliche Grundlage für eine ökologische Bewirtschaftung und tiergerechte Haltungsformen. Naturschutz ist keine bezahlbare Dienstleistung, sondern muß Bestandteil einer ökologischen Bewirtschaftung sein.

7. Den VerbraucherInnen wird im Hinblick auf den Binnenmarkt mehr Qualität statt Quantität versprochen, ein vielfältigeres Angebot und ein günstigeres Verhältnis zwischen Qualität und Preis. Mit einem größeren Markt sind aber auch größere Anonymität und längere Transport- und Verteilungswege verbunden. Europaweit geltende Kriterien für Nahrungsmittelqualität erfordern Maßstäbe, die zunehmend von lokalen und regionalen Besonderheiten abstrahieren und Qualitätsbeurteilung auf technische Prüfverfahren reduzieren. Eine Verbesserung der Lebensmittelqualität wird nicht durch verstärkte Kontrollen erreicht werden können, wenn nicht die Erzeugung selbst der gestiegenen Nachfrage nach gesunden, unbelasteten Nahrungsmitteln entspricht. Direktere Verbindungen zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen, kürzere Transportwege und regionenbezogene Verarbeitung und Verteilung könnten zu einer angemesseneren Bezahlung der ErzeugerInnen und einer besseren Versorgung der VerbraucherInnen beitragen.

8. Die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes schafft Voraussetzungen für die Erweiterung der Exportmärkte der EG. Vor allem Länder der „Dritten Welt“ sind potentielle Kunden für Industrieprodukte und Agrarüberschüsse. Zur Förderung einer unabhängigen Nahrungsmittelversorgung und einer bedürfnisorientierten Entwicklung der „Dritten Welt“ sind gestaffelte Agrarpreise in der EG eine wesentliche Voraussetzung. Ein niedriges Preisniveau für Nahrungsmittel fördert Überschüsse in den Industrienationen und zerstört durch subventionierte Exporte in die „Dritte Welt“ dort die Produktionsstrukturen für die Eigenversorgung. Eine regionenbezogene und ökologisch angepaßte landwirtschaftliche Produktion in Europa verbessert auch die Chancen der „Dritten Welt“ auf eine Sicherung der Nahrungsmittelversorgung und eine unabhängige Entwicklung.

An diesem internationalen Forum der REGENBOGEN-FRAKTION IM EUROPÄISCHENPARLAMENT nahmen die folgenden Organisationen teil:

Espana: COORDINADORA ECOLOGISTA DE HUELVA; Grappa Galicia; EHNE; COORDINADORA DE AGRICULTURA ECOLOGICA; Wise Taragona; INTEGRAL; SINDICATO DE OBREROS DEL CAMPO (SOC); COMISIONES GALLEGAS (CG); **Belgie/Belgique:** IPE; AGALEV; ALTER-ECO; FUJA; BOERENSYNDICAAT; BOND BETER LEEFMILIEU; CRABE - AGRICULTURE BIOLOGIQUE; NATURE ET PROGRES; ACTION CATHOLIQUE RURALE FEMININE; MIJARC; INTEREL; Journal des UPA; Cabinet du Ministre Lutgen; CREDAR; **France:** LES VERTS; CONFEDERATION PAYSANNE; MOUVEMENT DE RENOVATEURS COMMUNISTES; FORMABIO; RONGEAD; **Deutschland:** VERBRAUCHER INITIATIVE Bonn; ABL (ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT); DRITTE WELT HAUS Bielefeld; BUKO AGRO KOORDINATION; PESTIZID AKTIONS NETZWERK; ÖKO INSTITUT; NATURSCHUTZVERBAND; BUND; WENDLAND Kooperative; Gesamthochschule KASSEL AG ländliche Entwicklung; DIE GRÜNEN; VER Hessen; GEN-Ethisches NETZWERK; WWF; ADW Freiburg; ERZEUGER-VERBRAUCHER GENOSSENSCHAFT; **Schweiz:** UNION DES PRODUCTEURS SUISSES; KAG Schweiz; **Portugal:** CONFEDERACION NACIONAL DE AGRICULTURA; OS VERDS; **Niederland:** BOERENBEROEP WAGENINGEN; DE KLEINE AARDE; KRITISCH LANDBOUW BERAAD; STICHTING LEKKER DIER; GROEN PROGRESSIEF AKKOORD; CHRISTELIJKE PLATTELANDS JONGEREN; VOEDINGSBOND F.N.V.; WERKGROEP BETER ZUIVELBELEID; ALTERNATIEVE KONSUMENTENBOND; STICHTING NATUUR EN MILIEU; **Österreich:** KOPRA Österreich; Österreichische Bauern Vereinigung; **United Kingdom:** POTATO GROWERS ACTION GROUP; CERES; COMPASSION IN WORLD FARMING; T.G.W.U.; BIOTECHNOLOGY INFORMATION Ltd.; CIWF; GREEN PARTY U.K.; **Ireland:** GREEN ALLIANCE; EUROALERT - AIRDEALL; ICSMA; **Italia:** AGRISALUS; LISTA VERDE TOSCANA; **Hellas:** ALTERNATIVE MOVEMENT OF ECOLOGISTS; **Danmark:** NOAH; DANISH PEOPLE'S MOVEMENT AGAINST THE EC; **ÜBRIGE:** EUROCOOP; CEAT (COORDINATION EUROPEENNE DES AMIS DE LA TERRE); GATT-Declaration; EUROGROUP FOR ANIMAL WELFARE; COMMUNITY TRADE ADVISERS; EMBASSY OF AUSTRALIA; B.E.E.; COPACOGECA; B.E.U.C.; COORDINATION PAYSANNE EUROPEENNE; EUROP. COMMISSION LUXEMBOURG; IUL-UIT; ICDA-Seed Action Network, Barcelona

HANDELSMACHT UND VERBRAUCHERINNEN(OHN)MACHT IM BINNENMARKT

Mit dem 1. 1. 1993 schafft sich das Agrobusiness einen potentiellen Markt von 320 Millionen VerbraucherInnen mit einer Kaufkraft für Lebensmittel von 700 Milliarden Mark. Das Konsumparadies entpuppt sich als geschlossene Gesellschaft der Großkonzerne. Nach den bisherigen Entwicklungen im Lebensmittelhandel und -handwerk, der Ernährungsindustrie und in der Landwirtschaft gehen die Hoffnungen der VerbraucherInnen auf eine neue Vielfalt des Angebotes, auf günstige Preise, nach Arbeit und Wohlstand mit dem Binnenmarkt nicht in Erfüllung.

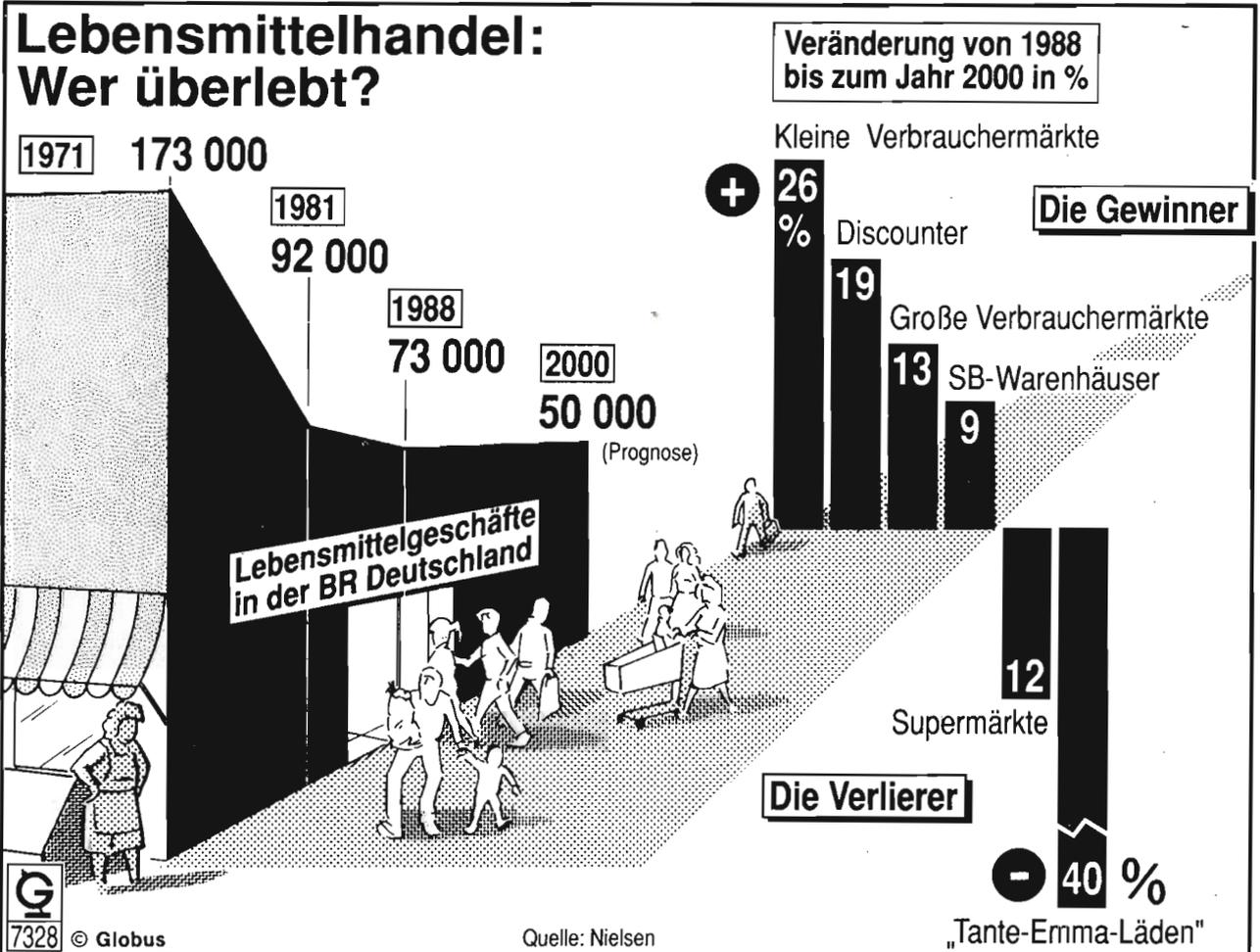
Im Sog des Binnenmarktes rollt die Fusionswelle im Lebensmittel-Handel. Nur zehn Lebensmittelunternehmen steigerten ihren Marktanteil in der Bundesrepublik innerhalb von zwei Jahren auf rd. 60% (182,4 Milliarden DM Umsatz). Mittlerweile machen 0,2% der Unternehmen im Nahrungsmittel-Handel 70% des Gesamtumsatzes: Aldi, Metro-Kaufhof, Rewe-Leibbrand, Tengelmann, Asko-Schaper-Massa, coop-Bolle, Karstadt und Hertie - das sind die größten Handelsgruppen im sogenannten Lebensmittel-Einzelhandel.

Zwischen 1971 und 1988 schrumpfte die Zahl der Lebensmittel-Läden um 100 000 von 173 000 Geschäften auf nur noch 73 000 im Jahr 1988. Diese Entwicklung trifft nicht nur die Tante-Emma-Läden, von den Handelskonzernen wird auch bereits das Mittelfeld abgeräumt. Viele ehemals selbständige EinzelhändlerInnen sind heute VerkäuferInnen in Filialgeschäften.

Das Agrobusiness, d. h. Ernährungsindustrie und Handel, bereitet sich aktiv durch Expansionsstrategien auf den Binnenmarkt vor und sichert dadurch Markt-Anteile auf dem EG-Markt. Dänische Molkereien gründen deutsche Töchter: BUKO-Käse auch in Deutschland. Britische und irische Molkereien produzieren in der Bundesrepublik Milchimitate. Dänemark baut Schlachthöfe in Portugal, Gervais-Danone kauft Sonnen-Bassermann-Nudeln. Ein holländischer Konzern beliefert 80% der englischen Weizenbauern, jedes dritte Hähnchen in der Welt wird mit Futtermitteln von BP gemästet. Der französische Chemie-Konzern Rhone-Poulenc will sich den agro-gentechnischen Spitzenplatz durch Übernahme des amerikanischen Saatgutunternehmens Callahan (Mais, Soja) sichern.

DER HOHE PREIS DER NIEDRIGPREISE

Von der Konzentration ohne Ende ist dabei kaum ein positiver Effekt für die VerbraucherInnen und ArbeitnehmerInnen zu erwarten. Die deutsche Bundesanstalt für Arbeit stellte für die Jahre 1977 bis 1985 fest, daß von den Betrieben über 500 Beschäftigten 220 000 Arbeitsplätze abgebaut, von den kleineren Unternehmen zwischen 20 und 500 Beschäftigten die Anzahl der MitarbeiterInnen konstant blieb, von den kleinen Betrieben bis 20 Beschäftigten





aber dagegen 585 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Die Ernährungsindustrie als Lieferantin der Handelsgiganten gibt den Druck auf die Bäuerinnen und Bauern als ErzeugerInnen der Nahrungsmittel, d. h. dem schwächsten Glied der Kette weiter. Agrarprodukte fungieren als Billigmacher. Bei den ErzeugerInnen bleiben nur 20% des Verkaufserlöses, der Rest sind betriebliche Vorleistungen, Handelsspannen und Kosten für Transport, Lagerung und Verpackung. Der Anteil des Einkommens, den die VerbraucherInnen für Lebensmittel ausgeben, beträgt nur noch 16%. Die Erzeugerpreise für die Bäuerinnen und Bauern sind real gesunken und liegen noch auf Nachkriegsniveau.

Hochtechnisierte und rationalisierte Großstrukturen in der Lebensmittelverarbeitung und -vermarktung erzwingen Rationalisierungen und Massenproduktion auch in der Landwirtschaft. Die Qualität der Nahrungsmittel sinkt mit der Massenproduktion in den industriellen Produktionsverfahren (Käfighaltung bei Hühnern, Mastfabriken bei Schweinen und Hähnchen). Die industrielle Verarbeitung z. B. zu H-Milch und Kartoffelfertigprodukten ist der nächste Schritt der Qualitätsminderung der Lebensmittel. Billig-Produkte aus industrieller Erzeugung und dem Supermarkt sind oft qualitativ minderwertig oder gar gesundheitsgefährdend. Bakteriell verseuchte H-Milch, PSE-Fleisch, Hormon-Kalbfleisch, Salmonellen-Eier. Die agrarindustriellen Produkte verschlingen viel Geld und Energie für Verarbeitung und Verpackung und verursachen Kosten in Milliardenhöhe für die Schäden in den Bereichen Gesundheit und Umwelt, die wir alle zu tragen haben. Wird einmal ein Lebensmittel agrarindustriell erzeugt, verarbeitet und vermark-

tet, dann sind große Teile der Bevölkerung abhängig von Qualität und Preis dieses Produktes. Trends in diese Richtung: Aldi-Eier von Pohlmann, Zucker von Südzucker, Hähnchen von „Wiesenhof“, „Ackergold“-Kartoffeln. Fazit: Der Binnenmarkt verstärkt den Preisdruck auf die Bäuerinnen und Bauern und die kleineren mittelständischen Unternehmen in Lebensmittel-Handel, -Handwerk und -Verarbeitung. Binnenmarkt heißt agrarindustrielle Produktion. Wird dem Konzentrationsprozeß nicht Einhalt geboten, sind die VerbraucherInnen bald endgültig die VerliererInnen. Schlechte Nahrungsmittelqualität, Preise, die ihnen diktiert werden können und mangelnde Versorgungssicherheit zeichnen sich als Folgen zunehmender Konzentration bereits ab.

WOCHENMARKT STATT ALDI

Wie die derzeitigen Vermarktungsstrukturen durch die gesetzlichen Regelungen gefördert und untermauert werden, zeigt sich besonders am Beispiel der Direktvermarktung. Bäuerinnen und Bauern, die ihre Erzeugnisse ohne Umweg direkt an die VerbraucherInnen verkaufen wollen, haben es mit erheblichen Beschränkungen zu tun. So machen völlig überzogene Hygienevorschriften den Milchverkauf ab Hof so gut wie unmöglich. Auch der Verkauf von selbstgebackenem Brot, selbsthergestellter Butter oder Wurst oder bereits zerlegtem Schlachtvieh wird durch den Gesetzgeber massiv behindert. Diese Vermarktungshemmnisse müssen im Interesse der Bauern und VerbraucherInnen beseitigt werden.

VERBRAUCHERINNEN GEGEN KONZENTRATION IN LEBENSMITTEL-PRODUKTION, -VERARBEITUNG UND -HANDEL

Wenn die VerbraucherInnen ihren Einfluß auf Erzeugung und Preise der Lebensmittel, auf Qualität und regionale Versorgung wiedergewinnen wollen, dann müssen sie, gemeinsam mit Bauern und mittelständischen Betrieben im Ernährungshandwerk den Großkonzernen und Agrarfabriken entgegenwirken. Das bedeutet, nach Möglichkeit kein Einkauf mehr bei Discounter, Verbraucher- und Supermärkten, sondern direkt beim Bauernhof, auf dem Wochenmarkt, am Eierwagen, in Metzgereien, Bäckereien und Gemüsegeschäften. Langfristig wird sich ein solches Einkaufsverhalten bezahlt machen. Weitere Möglichkeiten der Direktvermarktung, die bereits von vielen Menschen genutzt werden, sind ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften (EVGs) und sogenannte Food-coops.

EVGs sind Zusammenschlüsse von Bäuerinnen und Bauern und VerbraucherInnen, die vor allem die regionale und saisonal angepaßte Versorgung mit gesunden Lebensmitteln, gerechten Preisen für ErzeugerInnen und KäuferInnen, und nicht zuletzt wieder mehr direkten Kontakt zwischen allen Beteiligten zum Ziel haben. Bekannte Beispiele für EVGs sind „Wurzelwerk“ in Gütersloh, „Schmanddibben“ in Kassel und das in Essen aktive „Grüne Netz“.

„Foodcoops“ nennen sich Gemeinschaften von VerbraucherInnen, die Lebensmittel gemeinsam einkaufen, lagern und verteilen. Den Mitgliedern von Foodcoops geht es neben dem preisgünstigen Einkauf von Waren aus ökologischer Landwirtschaft ebenfalls um den Kontakt zu den ErzeugerInnen. Eine besondere Rolle spielen zudem bewußtes Ge- und Verbrauchen sowie umweltbewußtes Verhalten. Derzeit gibt es in der Bundesrepublik ca. 300 solcher Foodcoops.

Die Einflußmöglichkeiten der VerbraucherInnen auf den Handel sind vielfältig. Nicht zuletzt Boykott-Aktionen zeigen immer wieder,

welche Macht VerbraucherInnen haben können: Drohende Umsatzeinbußen oder Imageverluste bewegen Industrie und Handel oft erstaunlich schnell zu Reaktionen auf VerbraucherInnenwünsche.

FORDERUNGEN AN DEN HANDEL – FÜR EINEN BESSEREN EINKAUF

- 1.** Mehr Einblick in Anbauweise, Art der Tierhaltung, Herkunft, Verarbeitungsmethoden, Konservierung und Preisgestaltung.
- 2.** Mehr Qualität statt billige Massenprodukte aus chemisiertem Intensivanbau und Tierfabriken.
- 3.** Gerechte Preise für Bäuerinnen und Bauern, MetzgerInnen, BäckerInnen, LebensmittelhändlerInnen und VerbraucherInnen.
- 4.** Mehr Produkte aus der eigenen Region ohne lange Transportwege, ohne lange Kühlkette und ohne industrielle Konservierung und Verarbeitung.
- 5.** Mehr Lebensmittel der Saison statt fade, geschmacklose Tomaten und dazu teure Früchte aus Südafrika.
- 6.** Keine Einwegverpackung, sondern loser Verkauf von Lebensmitteln sowie Pfandgefäße.
- 7.** Mehr Arbeitsplätze in der bäuerlichen Landwirtschaft, im Ernährungshandwerk und im Einzelhandel.
- 8.** Keine Produktion und kein Verbrauch von Lebensmitteln auf Kosten der „Dritten Welt“ und keine Importe von Futtermitteln aus der Dritten Welt für unsere Tierfabriken.
- 9.** Mehr Beratung statt Werbung.
- 10.** Nur Einkaufen in kleinen Läden statt bei Aldi und in Einkaufszentren.

KONTAKTADRESSEN:

Agrarbüro der GRÜNEN im Bundestag, Bundeshaus,
5300 Bonn 1, Telefon 02 28/16 93 43-16 51 59
Agrarbüro der Regenbogenfraktion, Bundeshaus,
5300 Bonn 1, Telefon 02 28/16 74 13
DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle,
Colmantstraße 36, 5300 Bonn 1, Telefon 02 28/69 20 21

FOTOS:

Foto Titelmontage: Hias Kreuzeder; S. 1: Archiv; S. 2: Globus; S. 3: Andreas Weise; S. 4: P. Gay; S. 5: aus: Grünstift – Bauernkarikaturen aus Frankreich und der BRD, Verlag 2000, Offenbach; S. 7: Verbraucherinitiative e.V.; S. 8: Hannes Lorenzen; S. 9: EP, Dauwe; S. 11: Reinhard Janke, argus; S. 14: Globus; S. 15: JOKER, Arn von der Osten-Sacken.

Materialien zur GRÜNEN Agrarpolitik



14

GRÜNER BAUERNTAG '88

Bäuerliche Landwirtschaft und ländlicher Raum:
ökologisch · gesund · sozial · grün

Für eine eigenständige Entwicklung des Landes
— wider die Industrialisierung von Natur und Leben

26. — 27. November 1988 in Sprendlingen/Rheinhessen

DOKUMENTATION

REGENBOGENFRAKTION IM EP (GRAEL)



GRÜNER BAUERNTAG '88

Bäuerliche Landwirtschaft und ländlicher Raum:
ökologisch · gesund · sozial · grün

Für eine eigenständige Entwicklung des Landes
— wider die Industrialisierung von Natur und Leben

Die herrschende Agrarpolitik steckt in der Sackgasse. Sie hat auf allen Gebieten versagt und große, ökologische Schäden angerichtet. Die Mehrzahl der Bauern und Verbraucher kommt mit ihr auf keinen grünen Zweig. Nur einige wenige füllen sich die Kassen — zu welch katastrophalem Preis! Alle Weichen weisen in die verkehrte Richtung.
Dennoch — wir dürfen nicht in Ohnmacht erstarren und setzen dagegen:

15 Grundsätze grüner Agrarpolitik

DIE GRÜNEN, Bundespartei, Bundestagsfraktion

In Vorbereitung

Argumente:

„Wochenmarkt statt Aldi“

Broschüre zu den Auswirkungen der Konzentration in der Lebensmittelproduktion, -verarbeitung und dem Handel auf Bäuerinnen und Bauern sowie VerbraucherInnen.

ca. 64 Seiten, erscheint April 1989

Bestellungen an: DIE GRÜNEN · Bundesgeschäftsstelle · Colmantstraße 36 · 5300 Bonn 1

